

...Das neue Steuerrecht

Das Bessere ist der Feind des Guten

TEXT: Dr. Marc-Tell Madl

Was haben wir eigentlich erwartet? Wie alle anderen Volkswirtschaften im Euroraum ist auch die Slowakei einem massiven institutionellen Druck ausgesetzt, das Kriterium der Haushaltstabilität (Defizitquote unter 3 % und Schuldenstandsquote unter 60 % des Bruttoinlandsprodukts) des Vertrages von Maastricht einzuhalten.



PwC German Business Group - (v.l.n.re) Dr. Marc-Tell Madl - Partner PwC Legal, Jens Hörning - Partner, Tomáš Alaxin - Manager Foto: PwC

den neuen abgaberechtlichen Vorschriften an: Insgesamt wird der Faktor Arbeit deutlich teurer. Schwerer als die Erhöhung der Einkommensteuer wiegen insofern die neuen Bemessungsgrundlagen bzw. Schwellenwerte für Sozialversicherungsbeiträge.

Insgesamt werden die Lohnnebenkosten zu der Belastung für Unternehmen. Diese Kosten

Zwar steht das Land mit einer Schuldenstandsquote von derzeit etwa 50 % noch vergleichsweise glänzend dar, aber die Defizitquote 4,6 % (2012) ist klar zu hoch. Nicht zuletzt, um auch zukünftig den Anschluss an die „gesunden“ EU-Staaten nicht zu verlieren und ein glaubwürdiger Gesprächspartner zu bleiben, soll das Haushaltsdefizit 2013 auf 3 % begrenzt werden. Soweit es nicht gelingt, durch anhaltendes Wirtschaftswachstum und den damit verbundenen höheren staatlichen Einnahmen aus den Schulden quasi herauszuwachsen, gibt es

nur zwei Alternativen: Ausgaben senken oder Einnahmen steigern. In der Realität heißt das aber wohl beides. Weder kann sich eine Volkswirtschaft einseitig aus der Krise heraus sparen, noch ist es geboten, allein durch Erhöhung der Einnahmen (in der Regel durch stärkere Besteuerung) die nationalen Haushalte zu konsolidieren. Die staatlichen Ausgaben der Slowakei sanken 2011 um ganze 3,5 %, 2012 werden es wohl 1,4 % und 2013 1,3 % sein. Das reicht aber nicht aus, um die genannte Defizitquote von 3 % zu erreichen. Eine Steuererhöhung war und ist also unvermeidlich. Mit der Reform 2013

hat die slowakische Regierung nunmehr beschlossen, sich von der sogenannten „flat tax“, der Pauschalsteuer, zu verabschieden. Insbesondere die Einführung

nach der Höhe der Einkommen gestaffelter Einkommensteuersätze hat für viele Diskussionen gesorgt.

Um es deutlich zu sagen, der neue Höchststeuersatz von 25 % bei der Einkommensteuer ist natürlich – im internationalen Vergleich – nach wie vor moderat. Auch der neue Körperschaftsteuersatz ist zumutbar. Die Slowakei steht mit diesen

Sätzen nach wie vor gut dar. Bedenklich sind allerdings zwei Aspekte: 1. wurde ein Pauschalsteuersystem aufgegeben, dass die beeindruckende Aufholjagd der Slowakei bei der Einwerbung internationaler Direktinvestitionen erst ermöglicht hat – die „flat tax“ war ein unschlagbares und leicht kommunizierbares Alleinstellungsmerkmal des Standortes Slowakei. 2. verteuert der neue Einkommensteuersatz die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, d.h. konkurrenzfähig die Pläne der Unternehmen, die qualifiziertere Arbeitsplätze im Land schaffen wollen.

Hier setzt auch eine weitere Kritik an

wirken sich insofern viel stärker aus als die genannten Steuererhöhungen. Auch wenn das slowakische Steuersystem in der Vergangenheit „besser“ war, es ist nach wie vor „gut“. Allerdings laufen die Kosten für den Faktor Arbeit aus dem Ruder.

Änderungen bei der Sozial- und Krankenversicherung

- Ab 1. Januar 2013 werden die Höchstbeiträge zur Sozial- und Krankenversicherung erhöht.
- Vereinheitlichung der monatlichen Höchstbemessungsgrenze für (fast) alle Formen der Sozialversicherung sowie für die Krankenversicherung auf das 5-fache des durchschnittlichen Monatslohnes im Vorvorjahr
- Erweiterung der Beitragspflicht in der Sozial- und Krankenversicherung auf Personen, die auf Vereinbarungsbasis außerhalb des Arbeitsverhältnisses arbeiten

Die Pressburger Zeitung hat in Zusammenarbeit mit der German Business Group von PwC eine Serie von Artikeln vorbereitet, die sich mit aktuellen Themen der Wirtschaft beschäftigt.



V krátkosti po slovensky

Vyššie zdanenie osôb a firiem nadobúda reálne rozmery. Vláda napíňa svoje programové vyhlásenie zvyšovaním dane z príjmov a odvodov. Dotknuté osoby a firmy však pôsobia pokojne.